

Nr. 3/18

BFL/JL Fraktion

30.03.2016

An den Stadtrat
der Stadt Landshut



**Ghettoisierung durch zentrale Unterbringung von Asylsuchenden/Flüchtlingen
Lösungsvorschlag**

Antrag

Die Verwaltung der Stadt Landshut wird beauftragt, im Rahmen der Unterbringung von Asylsuchenden/Flüchtlingen, eine Erfassung von freien Grundstücken und deren Eigentümer in allen Stadtteilen durchzuführen. Zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern/Flüchtlingen müssen diese Grundstücke geeignet sein, über alle Stadtteile verteilt, eine kleine Anzahl von mobilen Unterkünften (z.B. Wohncontainer) als Zwischenlösung aufzunehmen. Mit den Eigentümern sind Verhandlungen darüber zu führen ob sie bereit sind, im Rahmen einer Lösung zur Unterbringung und Integrationsproblematik, vorübergehend ihre Grundstücke gegen angemessene Miete zur Verfügung zu stellen. Auch die betroffenen Anlieger sind dann darüber zu informieren.

Begründung:

Durch die jetzige Praxis der Unterbringung von Asylbewerbern/Flüchtlingen, aufgrund mangelnder Unterbringungskapazität, besteht die Gefahr der Ghettoisierung, die nicht nur die notwendige Integration stark gefährdet, wenn nicht sogar verhindert.

Am Beispiel „Kaserneneck“ (ca 380 Asylbewerber/Flüchtlinge), sowie in der Neidenburger Straße, Unterkunft alte Weberei /176 Asylbewerber/Flüchtlinge) sind Probleme zu erwarten, nicht nur mit dem Umfeld.

Die Erweiterung an der Neidenburger Straße, durch städtischen Zukauf eines Gebäudes in unmittelbarer Nachbarschaft zur Unterkunft der „alten Weberei“ für ca 60-80 Bewohner, dazu die geplante Erweiterung durch Wohncontainer auf dem Grundstück der „alten Weberei“, führt zu einer Ghettoisierung. Hinzu kommt der Vorschlag der Verwaltung, zwei Straßen entfernt an der Benzstraße, eine weitere Gemeinschaftsunterkunft mit ca 160 Plätzen zu errichten.

Einer notwendigen Integration fehlen damit die fundamentalen Voraussetzungen.

Welche Folgen eine Ghettoisierung mittel- und langfristig für unsere Gesellschaft hat, wird uns mit den Ereignissen von Brüssel und mit den versäumten Migrationsproblemen des Stadtteiles Molenbeek/Brüssel, weltweit vor Augen geführt. Auch die sich ständig wiederholenden Probleme mit strafrechtlichem Hintergrund in der Gemeinschaftsunterkunft der Nachbargemeinde Ergolding, sind ein Beispiel, wie Integration in Massenunterkünften nicht funktionieren kann.

Bernd O. Friedrich
Bürger für Landshut

gez. Dr. Thomas Haslinger
Junge Liste

gez. Karina Habereeder
Junge Liste